



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Ganzheitlicher Ansatz beim Donauausbau nötig, Staustufenlösungen endgültig ausschließen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass für den Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen jegliche Staustufenlösung endgültig ausgeschlossen wird. In den Bundesverkehrswegeplan 2015 sind nur Lösungen ohne Staustufe aufzunehmen, alle Planungen für einen staugestützten Ausbau sind unverzüglich einzustellen.

Außerdem müssen beim sogenannten „sanften Donauausbau“ nicht nur, wie bei der Variante A, rein verkehrliche Aspekte eine Rolle spielen. Auch weitere Faktoren wie die touristische Entwicklung der Region oder auftretende Folgekosten durch massive Eingriffe in den Flusslauf müssen bei den Ausbauplanungen im Rahmen eines ganzheitlichen Ansatzes berücksichtigt werden.

### **Begründung:**

Die Auflistung der staustufengestützten Variante des Donauausbaus (C 280) in einer Projektliste zur Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans zeigt u.E. deutlich das Verfallsdatum der politischen Zusicherung von Ministerpräsident Seehofer, in seiner Amtszeit werde es keinen Donauausbau mit einer Staustufe geben. Die Staatsregierung muss diese Zusicherung aus der Zeit im Vorfeld der Landtagswahl nun endgültig und unbefristet treffen und gegenüber dem Bundesverkehrsministerium durchsetzen. Auch der Ausbau nach Variante A hätte massive flussbauliche Eingriffe und hohe Kosten, auch langfristig, zur Folge. Die Variante A wurde von vielen Staustufengegnern nur als das „kleinere Übel“ im Vergleich zur drohenden Staustufenlösung akzeptiert und muss kritisch hinterfragt werden. Im Sinn der Region und der Bevölkerung darf höchstens ein nachhaltiger, möglichst niederschwelliger und damit wirklich „sanfter“ Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen erfolgen, bei der der Hochwasserschutz höchste Priorität besitzt. Die Chancen des Tourismus durch eine unverbaute Donau müssen künftig besser genutzt werden, Ausbaumaßnahmen dürfen diese Chancen nicht von vornherein zunichtemachen.